

ver.di

vau

**UNSERE ZEITUNG FÜR DIE
BERLINER FINANZÄMTER**

Informationen | Meinungen | Analysen | Termine | Links

**SenFin will Kö-Ämter
neu organisieren:**

**Spiele ohne
Sieger**

Seite 7

Hängepartie: Senat lässt sich Zeit

„Die Organisation der Kö-Ämter hat sich bewährt.“

Die Senatsverwaltung für Finanzen (SenFin) hat vor einiger Zeit eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die eine Vereinheitlichung der Arbeitsweise in den Finanzämtern für Körperschaften zum Thema hatte. Es waren neben Vertretern von SenFin und den VorsteherInnen der Kö-Ämter auch auch VertreterInnen der örtlichen Personalräte, der GPR-Vorsitzende und die Gesamtfrauenvertreterin einbezogen.

Schnell wurde klar, dass an der Umsetzung des Organisationsmodells FA 2010 für die Kö-Ämter gearbeitet werden sollte. Und ebenso schnell wurde wohl der Widerstand der Personalvertretungen für SenFin spürbar. Zur zweiten Arbeitsgruppenphase waren sie plötzlich nicht mehr eingeladen. Begründet hat SenFin dies damit, dass es hier nicht um Planungen, sondern allein um ergebnisoffene Überlegungen gehe. Die Personalräte der Kö-Ämter hatten den Verdacht, hier umgangen zu werden. Ihre Vorsitzenden Bernd Kirsten (Kö I), Martina Born (Kö II), Marion Fromm (Kö III) und Frank-Norbert Rick-Jüttner (Kö IV) [alle ver.di] wandten sich deshalb mit einem gemeinsamen Schreiben an den Senator für Finanzen, um ihre Argumente zu Gehör zu bringen. Grund für die vau, nach den Hintergründen zu fragen.

vau: Die Senatsverwaltung für Finanzen denkt über eine Organisationsveränderung der Finanzämter für Körperschaften nach. Ziel soll dem Vernehmen nach eine Vereinheitlichung der Arbeitsweise sein. Was spricht eigentlich aus eurer Sicht dagegen, eure Ämter neu zu organisieren?

Bernd Kirsten (Kö I): Die Frage müsste lauten, was spricht eigentlich dafür, eine bewährte Organisationsstruktur zu verändern. Ich finde, es gibt keinen Grund, die Organisation der Kö-Ämter grundlegend zu ändern.

Martina Born (Kö II): SenFin hat uns bisher jedenfalls keinen überzeugenden Grund genannt. Mir scheint, hier soll eine Organisationsveränderung um jeden Preis durchgesetzt werden, obwohl wir auch gerade in einer Strukturveränderung innerhalb der Kö-Ämter stecken, die noch gar nicht abgeschlossen ist.

Frank-Norbert Rick-Jüttner (Kö IV): Die Organisation der Kö-Ämter hat sich in der Praxis bewährt. Das

gilt ganz besonders auch für die Zentralisierung der Besteuerung aller GmbH & Co. KGen im Finanzamt für Körperschaften IV.

Marion Fromm (Kö III): Die aufwändigen Zuständigkeitsveränderungen der Kö-Ämter mit der Zuordnung der Gesellschaften nach den Konzernspitzen sind nicht plausibel unter Berücksichtigung aller Nachteile zu Ende gedacht. Es würde ein Zuständigkeitskarussell ausgelöst werden, das nicht nur bei den Beschäftigten unnötige Unruhe auslösen würde, sondern auch für die Unternehmen viel Aufwand mit sich brächte. Der leichte Vorteil für die zeitnahe Betriebsprüfung stünde in keinem Verhältnis zum Umstellungsaufwand.

vau: Ihr habt euch nun mit einem gemeinsamen Schreiben an Finanzsenator Nußbaum gewandt. Was ist der Grund für dieses Vorgehen?

Marion Fromm (Kö III): Wir sind eng miteinander vernetzt, und die Vergangenheit hat gezeigt, dass wir zusammen als Kö-Personalräte mehr Druck auf die politische Ebene ausüben können, als wenn wir einzeln unsere Argumente vorbringen.

Frank-Norbert Rick-Jüttner (Kö IV): Natürlich nimmt Kö IV hier eine Sonderrolle ein. Ich freue mich deshalb über die Solidarität meiner Kolleginnen und -Kollegen aus den anderen Kö-Ämtern. Ich sehe die einheitliche Rechtsanwendung in Gefahr, wenn die Besteuerung der GmbH & Co. KGen auf alle Kö-Ämter verteilt wird.

Martina Born (Kö II): Außerdem würde das einen immensen Fortbildungsbedarf auslösen. Dies ist völlig unnötig und das würde ich meinen Kolleginnen und Kollegen gerne ersparen. Auch deshalb sehe ich keinen Grund, am bewährten System etwas zu verändern.

Bernd Kirsten (Kö I): Genau, das muss nicht sein. Außerdem beträfe ein solcher Schritt nicht nur die Festsetzung und Außenprüfung, alle würden dadurch in Mitleidenschaft gezogen, auch die Beschäftigten in der Erhebung, den Poststellen oder den Rechtsbehelfsstellen wären unmittelbar betroffen. Ich kann nur sagen, Finger weg von diesen unsinnigen Überlegungen.

vau: Da wird ja ganz offensichtlich, dass ihr euch hier völlig einig seid. Wir wünschen euch viel Erfolg bei der Vertretung der Interessen der Beschäftigten in euren Ämtern, besonders in dieser Frage.



Bernd Kirsten

PR-Vorsitzender FA Kö I

Martina Born

PR-Vorsitzende FA Kö II

Marion Fromm

PR-Vorsitzende Kö III

Frank-Norbert Rick-Jüttner

PR-Vorsitzender Kö IV

Gerechter Steuervollzug in weiter Ferne

Die Bundestagswahl 2013 hat zu einem Ergebnis geführt, das die Parteien zu Koalitionsverhandlungen und damit zu Kompromissen zwingt, um eine Regierung zu bilden. Diese Verhandlungen gestalten sich schwierig und dauerten bei Redaktionsschluss noch an. Es ist aber deutlich sichtbar, dass hier in erster Linie um Prestigethemen gestritten wird. Die Chance, dass höhere Einkommen und Vermögen endlich stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen werden, ist damit in weite Ferne gerückt. Von einem einfacheren und gerechteren Steuerrecht ist überhaupt nicht mehr die Rede.

Ich erwarte von einer neuen Bundesregierung, dass sie die Belastungen der Beschäftigten in den Finanzämtern erkennt und ernst nimmt und für eine Personalausstattung nach dem einheitlichen Maßstab der Personalbedarfsberechnung in allen deutschen Finanzämtern sorgt, und zwar zu 100 %. Der Bund ist hier nach § 21a FVG in der Pflicht. Es kann nicht angehen, dass der Steuervollzug weiter so vernachlässigt wird und die Gesetz- und Gleichmäßigkeit der Besteuerung auf der Strecke bleibt. Zum mangelnden Steuervollzug ist im *Spiegel* vom 30.9.2013 ein sehr informativer Artikel erschienen, der unter vau-online.de nachgelesen werden kann.

Ihr Klaus-Dieter Gössel



Klaus-Dieter Gössel
Vorsitzender der
Fachkommission
Steuerverwaltung

ANZEIGE

Schutz und Sicherheit
für mehr finanziellen
Freiraum, NÜRNBERGER
Beamtendarlehen



NÜRNBERGER
Beamten Versicherungen

Partner für den Öffentlichen Dienst seit 1908

Telefon 0911 531-4871
MBoeD@nuernberger.de, www.nuernberger-beamten.de

SenFin glänzt durch Abwesenheit

Für die meisten ist es ein ganz besonderer, ein feierlicher Moment, auf den sie zwei oder drei lange und lernintensive Jahre hingearbeitet haben. Zu Recht findet deshalb die Übergabe der Prüfungszeugnisse in Königs Wusterhausen (KW) regelmäßig auch in einem feierlichen Rahmen statt. Diejenigen, die hier ihr Diplom erhalten, werfen sich an diesem Tage deshalb oft in Schale und werden häufig von ihren Partnerinnen oder Partnern, die Jüngeren auch von ihren Eltern begleitet.

Eine erfolgreiche Laufbahnprüfung ist ein guter Grund, dem Steuerverwaltungsnachwuchs die angemessene Wertschätzung entgegenzubringen, die er sich mit seinen Leistungen verdient hat. Die Bundesländer, die hier in KW ausbilden lassen, bringen ihre Wertschätzung

recht unterschiedlich zum Ausdruck.

Aus Brandenburg beispielsweise erscheint regelmäßig die Finanzstaatssekretärin Daniela Trochowski und hält die Festansprache. Auch aus Sachsen-Anhalt war bei der Diplomierungsfeier des gehobenen Dienstes der Finanzstaatssekretär Jörg Felgner anwesend, obwohl in Sachsen-Anhalt in diesem Jahr gar keine Finanzanwärterinnen und Finanzanwärter ihre Ausbildung beendet hatten. Ein Grußwort erfolgte auch von einem hochrangigen Verwaltungsvertreter aus dem Bereich des Bundeszentralamts für Steuern, das hier in KW seit 2010 seine wenigen Finanzanwärterinnen und Finanzanwärter ausbildet.

Und was macht Berlin mit den bei Weitem meisten Anwärtinnen und Anwärtern? Niemand von Rang und Namen erschien zu diesem Anlass in KW. Bei der Diplomierungsfeier für den mittleren Dienst war allein die Abteilungsleiterin VD, Frau Dr. Abel, in KW anwesend, stand aber nicht einmal als Rednerin im Programm. Gut, dass sie diesen Mangel erkannte und spontan einige nette Worte an die Anwärtinnen und Anwärter richtete. Beim gehobenen Dienst war die Situation noch unfassbarer. Weder der Senator, noch ein(e) Staatssekretär(in), ein(e) Abteilungsleiter(in) oder ein(e) Referatsleiter(in) aus der Senatsverwaltung für Finanzen ließen sich blicken. Das empfanden unsere Anwärtinnen und Anwärter zu Recht als Missachtung. Und auch die erfreuliche Anwesenheit einiger Vorsteher(innen) und Ausbildungsleiter(innen) konnte an diesem schlechten Bild, das Berlin hier abgab, nichts ändern.

Wir sind der Meinung, das haben unsere Anwärtinnen und Anwärter, die in diesem Jahr wirklich tolle Leistungen abgeliefert haben, nicht verdient. Das darf sich in den kommenden Jahren nicht wiederholen. Die Senatsverwaltung hat hier eine Verantwortung, der sie gerecht werden muss. Und dazu gehört auch, den Stellenwert der Ausbildung bei derartigen Anlässen zum Ausdruck zu bringen. Übrigens, Finanzsenator Nußbaum hatte durchaus die Zeit, die 64 neuen Auszubildenden der BSR als Aufsichtsratsvorsitzender zu begrüßen. Seine Anwärtinnen und Anwärter zu ihrer Laufbahnprüfung zu beglückwünschen, dafür ist ihm der Weg offensichtlich zu weit.

ver.di
jugend



ver.di-Kolleginnen und Kollegen begrüßen die neuen Anwärtinnen und Anwärter 2013.

ver.di macht Druck im Abgeordnetenhaus

Die katastrophale Personal- und Stellensituation der Berliner Finanzämter und die Problematik des Besoldungsrückstandes sind wichtige politische Themen in unserer Stadt. Das beweisen auch die kontinuierlichen Veröffentlichungen in den Medien, worin ver.di und der GPR immer wieder zu Wort kommen.

Wir meinen, diese Themen müssen auch die Fraktionen im Abgeordnetenhaus, die sich gerade in den Haushaltsberatungen befinden, interessieren. Wir wollen nichts unversucht lassen, auf den Haushalt 2014/2015 noch in letzter Minute Einfluss zu nehmen. In der letzten Ausgabe der vau hatten wir bereits von einem Gespräch der ver.di-Fachkommission Steuerverwaltung mit dem Fraktionsvorsitzenden der CDU, Florian Graf, berichtet.

Am 22. August 2013 folgte nun ein Gespräch mit der Fraktion Die Linke. Dr. Manuela Schmidt, Mitglied des Fraktionsvorstandes und Sprecherin für Haushalt und Bezirke und Carola Bluhm als Mitglied im Hauptausschuss zeigten Verständnis für die Situation des öffentlichen Dienstes und der Finanzämter im Besonderen. Die Regierungspolitik ist für sie perspektivlos. Sie sagten zu, sich für einen verbindlichen Plan für die Angleichung der Beamtenbesoldung einzusetzen.



Raed Saleh

Am 26. August 2013 haben wir Raed Saleh, dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, die Probleme der Beschäftigten in den Finanzämtern verdeutlicht. Hier spürten wir allerdings schnell, dass hinsichtlich der Beamtenbesoldung keine

weiteren Initiativen der SPD in den Haushaltsberatungen zu erwarten sind. Was die Personalentwicklung im öffentlichen Dienst angeht, scheint aber ein leichtes Umdenken gegenüber der harten Haltung von Wowereit und Nußbaum erkennbar zu sein.



Am 2. Oktober 2013 sprachen wir mit Bündnis 90/Die Grünen. Stefanie Remlinger, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für Haushaltspolitik, und Benedikt Lux, der Fraktionsgeschäftsführer, diskutierten mit uns über zwei Stunden die aktuellen Probleme der Beschäftigten. Die Grünen versprachen, sich für eine Besoldungserhöhung in 2014 und 2015 von jeweils 3 % einzusetzen. Der Stellenabbau im öffentlichen Dienst wird von ihnen mit Sorge betrachtet, da die Regierung außer Sparen kein Konzept für die Zukunft hat.

Wir werden die Kontakte auf der politischen Ebene weiter fortsetzen.

v.l.n.r.: Jörg Bewersdorf,
Dr. Manuela Schmidt,
Nadine Lichhorn,
Carola Bluhm,
Klaus-Dieter Gössel

v.l.n.r.: Klaus-Dieter
Gössel, Benedikt Lux,
Stefanie Remlinger,
Susanne Bewersdorf,
Nadine Lichhorn.





Klaus Wilzer,
GPR-Vorsitzender,
im Interview

„Senator Nußbaum steht mittlerweile allein da“

vau: Die Anwärterinnen und Anwärter haben ihre Laufbahnprüfungen abgelegt. Haben dich die Ergebnisse überrascht?

Klaus Wilzer: Mich nicht, die Senatsverwaltung für Finanzen offenbar schon. Im mittleren Dienst haben 20 und im gehobenen Dienst 17 mehr als von SenFin erwartet die Prüfung mit ausreichend im oberen Bereich und besser bestanden. Das war nicht nur eine große Freude für die Betroffenen und für mich, sondern auch für die Finanzämter. Denn die meisten Ämter haben dadurch in diesem Jahr eine unerwartet hohe Zahl von Nachwuchskräften zugewiesen bekommen.

vau: Dann ist ja alles gut, oder?

Klaus Wilzer: Der Finanzsenator sperrt sich leider weiterhin dagegen, dass alle Vierer in den Finanzämtern eingesetzt werden, obwohl sie dort gebraucht werden. Inzwischen sagen auch die Fraktionen von SPD und CDU im Berliner Abgeordnetenhaus: „Bestanden ist bestanden“. Senator Nußbaum steht also selbst in den eigenen Reihen mittlerweile allein

da. Ich bin dafür, dass allen, die die Prüfung bestanden haben, eine Chance gegeben wird.

vau: SenFin denkt über eine Organisationsveränderung in den Finanzämtern für Körperschaften nach. Was hältst du davon?

Klaus Wilzer: Die derzeitige Organisation der vier Kö-Ämter hat sich bewährt. Alle haben bisher ihre Zielvorgaben gegenüber SenFin stets erfüllt. Ich sehe keinen Grund, hier alles neu zu mischen. Das bringt nur unnötig Unruhe und führt zu Reibungsverlusten. Dass es in Zukunft Vorteile bringen soll, kann ich nicht erkennen.

vau: In den Berliner Finanzämtern soll jetzt erstmals die alternierende Telearbeit ermöglicht werden. Für wen ist das gedacht?

Klaus Wilzer: In erster Linie für alle, die Schwierigkeiten haben Beruf, Familie und Pflege unter einen Hut zu bringen. Ich appelliere an die Vorsteherinnen und Vorsteher, dieses Anliegen aktiv zu unterstützen.



Gedenken an Babsi Mang

Gekannt haben sie viele in den Finanzämtern als immer freundliche, geradlinige, humorvolle und hilfsbereite Kollegin, die sich ausdauernd für die Interessen der Beschäftigten eingesetzt hat. Nun ging ihr persönlicher, jahrelanger Kampf gegen eine schwere Erkrankung zu Ende. Babsi Mang, überzeugte Gewerkschafterin in ötv und ver.di, engagierte Personalratsvorsitzende im Finanzamt E+V, Personalratsmitglied in den Finanzämtern Pankow/Weißensee und Wilmersdorf und langjähriges Mitglied des Gesamtpersonalrats ist am 28. Juli 2013 verstorben. Wir werden uns immer gerne an sie erinnern, ihr selbstloser Einsatz für Andere ist uns ein Vorbild.

Hängepartie

Beim Senator für Inneres und Sport scheint vieles nicht rund zu laufen. Es ist ein Unding, dass für die Prüfung relativ einfacher Vorschriften wie die Erholungsurlaubsverordnung, die Änderung der Beihilfeverordnung hinsichtlich der Praxisgebühr, die schon ausgehandelten neuen Beurteilungsrichtlinien, die Laufbahnverordnung für die Steuerverwaltung und die Verordnung über den Praxisaufstieg und die Beförderungsqualifizierung Monate gebraucht werden. Nachteile für die Beschäftigten im Lande werden achselzuckend in Kauf genommen.

Es ist ein weiteres Zeichen mangelnder Wertschätzung für die Kolleginnen und Kollegen, die versuchen, ihre Pflichten trotz Personalabbau zu erfüllen. Negative Folgen sind bereits eingetreten. Ein prüfungspflichtiger Aufstieg ist in diesem Jahr für die Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern nicht mehr möglich, weil die Rechtsgrundlage fehlt. Der Praxisaufstieg kann erst beginnen, wenn die entsprechende Folge-

verordnung in Kraft ist. Die Praxisgebühr wird bei der Beihilfe erst einmal abgezogen und – vielleicht noch vor Weihnachten! – wieder erstattet.

Im Vorgriff auf die zu ändernde Erholungsurlaubsverordnung dürfen die jüngeren Kolleginnen und Kollegen wenigstens die ab 2011 aufgelaufene Differenz zu den jetzt endlich festgeschriebenen 30 Tagen Urlaub ab 2011 nehmen. Aber auch diese Verordnung lag viel zu lange auf Eis. In anderen Bundesländern und beim Bund erfolgte die Änderung bereits kurz nach Abschluss der Tarifverhandlungen. In Berlin weigerte sich Finanzsenator Nußbaum zunächst, die Änderung überhaupt mitzuzeichnen. Er wollte die 30 Urlaubstage in letzter Minute verhindern, als der Entwurf der Änderungsverordnung bereits dem HPR zur Stellungnahme vorlag. Erst ein Machtwort des Regierenden Bürgermeisters Wowereit brachte ihn zur Vernunft.

Eine solche Hängepartie darf sich nicht wiederholen. Der Senat muss endlich seinen öffentlichen Dienst so behandeln, wie es die Beschäftigten, die trotz Personalabbau und Besoldungsrückstand hervorragende Leistungen erbringen, erwarten können.

ANZEIGE

Informieren Sie sich
jetzt über unsere
aktuellen Konditionen!



¹⁾ Voraussetzung: Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied
²⁾ bei einer Tilgung von 10 Jahren
³⁾ Zwischen 1 % und 5 %
⁴⁾ Zwischen 1 % und 5 %
⁵⁾ Zwei bis fünf Jahre
⁶⁾ (bei tilgungsfreier Anlaufzeit nur zwischen 2 % und 5 %)

Baufinanzierung für den öffentlichen Dienst zu Top-Konditionen¹⁾

Ihre Vorteile:

- ▶ Bis zu 100 %ige Finanzierung des Kaufpreises
- ▶ Frei wählbare anfängliche Tilgung von 1 % bis 5 % p. a.
- ▶ 3 Jahre tilgungsfreier Anlaufzeit möglich²⁾
- ▶ Änderung des Tilgungssatzes bis zu dreimal möglich²⁾³⁾
- ▶ Persönliche Beratung durch Ihren BBBank-Berater für den öffentlichen Dienst
- ▶ Keine Bearbeitungsgebühr
- ▶ 5 % Sondertilgungsrecht p. a.
- ▶ Individueller Finanzierungsplan

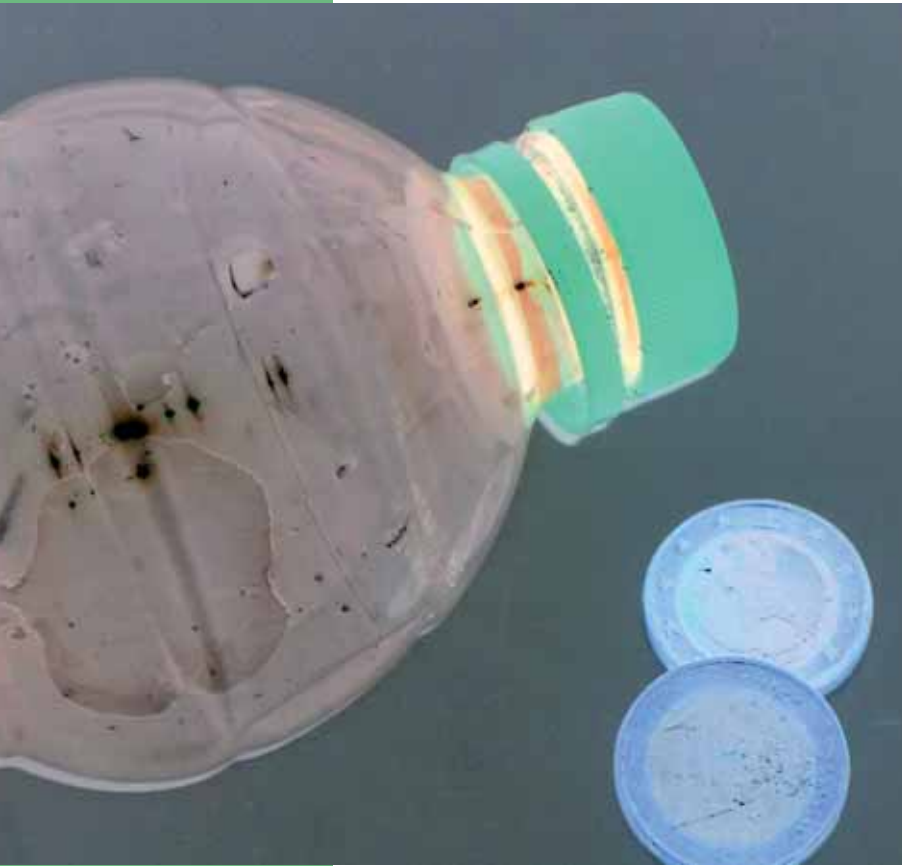
Ihr Ansprechpartner

Michael Manthey, Mobiler Kundenberater Öffentlicher Dienst
 Mobil 01 72/6 79 74 73, E-Mail michael.manthey@bbbank.de

BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

Nußbaum plant leistungsorientierte Besoldungserhöhung



Wie aus dem Umfeld unseres Senators Nußbaum zu hören ist, will dieser dem „ewigen Gequengel der Beamten“, sie seien im Vergleich zu anderen zu schlecht bezahlt, durch Besoldungserhöhungen, die den Leistungsgedanken fördern, endlich ein Ende setzen.

Da muss zunächst ein mit der rot-grünen Bundesratsmehrheit durchzusetzendes Flaschenzwangspfand auf alle Behältnisse, die Flüssigkeiten umschließen, in Höhe von 1 Euro pro Behältnis her. Der entsprechende, der vau-Redaktion zugespielte Gesetzentwurf sieht keinen Pfand für Gläser mit „Dickflüssigkeiten“, wie Apfelmus und Fruchtaufstriche, sehr wohl aber Pfand für Parfümflakons vor.

Zuvor war durch eine von EMNID durchgeführte repräsentative Umfrage bekannt geworden, dass inzwischen 57 % der Berliner Beamtinnen und Beamten ihre mäßige Besoldung durch sogenanntes Bottle-catching (Flaschensammeln) – vorwiegend an Wochenenden – aufbessern. „So könnten

Beamtinnen und Beamte in Berlin ihren Verdienst leicht verdoppeln. Und: wer fleißig sammelt, bekommt mehr Pfand. Zudem wird dann auch in der Öffentlichkeit dem vorherrschenden Bild der trägen Beamten entgegengearbeitet“, begründet Ulrich Nußbaum seinen Gesetzesentwurf. Zudem sei es aktive Gesundheitsvorsorge, wenn sich Beamtinnen und Beamte am Wochenende in Parks begäben, um Flaschen zu finden und würde auch das an anderer Stelle eingesparte Personal in den Grünflächenämtern gut ersetzen. „Eine klassische Win-Win-Situation“, lässt sich der lächelnde Senator zitieren.

„Es werde auch überlegt, die Kantinen in den Behörden zu verpflichten, ausschließlich Einwegsysteme zu verwenden“, so Pullen-Uli, wie der Senator in Beschäftigtenkreisen inzwischen überall genannt wird. „Auf diese Weise könnten Beamte des höheren Dienstes durch das Zurücklassen von Getränkebehältnissen in Kaffeeküchen, Diensträumen oder Papierkörben unauffällig Beamte mit niedrigerem Einkommen fördern oder diskret Leistungsprämien in Flaschenform gewähren.“ Die Pförtner in den Behörden sollen angewiesen werden, darauf zu achten, dass sich das Publikum nicht am Leergut in den Dienstgebäuden ungerechtfertigt bereichere. Auf Nachfrage erklärte Finanzsenator Nußbaum, dass in Berlin die Nebentätigkeit „Bottle-Catching“ bis zur Besoldungsgruppe A 12 als generell genehmigt gelte, sofern sie an nicht mehr als 8 Stunden wöchentlich durchgeführt werde und dass diese Tätigkeit mit den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums vereinbar sei. Aus seiner Sicht als Fachsenator seien die Einnahmen daraus außerdem als steuerfrei anzusehen, allerdings stünde hierzu eine Stellungnahme des Fachreferats seines Hauses noch aus.

Impressum

Eine Veröffentlichung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Bezirksverwaltung Berlin, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin
Verantwortlich für den Inhalt: Antje Thomaß, antje.thomass@verdi.de
Redaktion: Klaus-Dieter Gössele, Jörg Bewersdorf, Daniela Ortmann
Layout: Manfred Schultz
Herstellung: tableau GmbH
Leserbriefe an: info@vau-online.de



Die vau sowie weitere Informationen und Links können Sie bei www.vau-online.de einsehen.